

Auszug aus **Grundrisse** bei **Context XXI**

(<http://contextxxi.org/ein-paar-gedanken-uber.html>)

erstellt am: 29. März 2024

Datum dieses Beitrags: März 2005

# Ein paar Gedanken über Unverträglichkeiten zwischen ökologischem und link(sradikal)em Denken

im Anschluss an die Lektüre von Saral Sakars und Bruno Kerns Manifest „Ökosozialismus oder Barbarei“

■ BERNHARD DORFER

Vorweg: Zur Charakterisierung der Lage des Ökosystems Erde, wie sie in diesem Manifest gegeben wird, kann ich nicht wirklich in eine substantielle Diskussion einsteigen. Dazu fehlen mir einfach die genauen Kenntnisse, die wie stets wohl nur in einer länger dauernden Auseinandersetzung mit der Materie erarbeitet werden können. Was ich hier bereits jetzt kritisch anzumerken habe, bewegt sich daher auf einer eher abstrakten, prinzipiellen Ebene, die, so hoffe ich, dennoch keineswegs bedeutungslos ist.

Nach meinem Eindruck besteht in diesem Manifest eine starke Tendenz, die Erde als geschlossenes Ökosystem mit begrenzten Ressourcen darzustellen. [1] Ich denke nicht, dass das zutrifft: Die Erde ist zum Universum hin offen und der gewichtigste Faktor dabei ist der Energieeintrag durch die Sonne. Bei allen Energieträgern, und zwar sowohl den fossilen als auch den regenerierbaren, handelt es sich in letzter Instanz um eine Formwandlung der Solarenergie. Daneben stellt auch das Erdinnere ein gewaltiges Energie- und Rohstoffreservoir dar. Meines Erachtens entspricht es den tatsächlichen Verhältnissen daher besser, konsequent von unter-

schiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung auszugehen, also beispielsweise davon, dass die fossilen Energieträger Jahrtausende zu ihrer Bildung benötigten und jetzt innerhalb von 150, 200 Jahren vernutzt werden. Dass „die Natur“ nicht statisch ist, sondern sich entwickelt und weiterhin entwickeln wird – ob jetzt dialektisch, wie Engels meinte, oder nicht –, ist mit dem Hinweis auf die modernistisch-kapitalistisch-industrialistische Ignoranz und Skrupellosigkeit („Nach uns die Sintflut!“) nicht aus der Welt zu dekretieren.

Die Natur entwickelt sich aber nicht nur gewissermaßen „an sich“, sondern ab einem gewissen Zeitpunkt, dem Übergang von der Jäger- und Sammlerkultur zu Ackerbau und Viehzucht, auch unter zunehmender Einflussnahme des Menschen. Auch darauf sollte mensch sich meiner Ansicht nach – trotz vieler Fehlentwicklungen und unleugbar nachhaltiger, großer, human verursachter Schäden – grundlegend positiv beziehen. Dass wir von einer gedeihlichen (zugegeben ein sehr vager Begriff!) Koevolution weit entfernt sind und uns derzeit immer weiter davon entfernen, will ich im Gegensatz zur hemdsärmlichen, modernisierungsfetischistischen Ignoranz („Die Mensch-

heit hat noch alle Probleme gelöst!“, „Auf der Erde ist, solange wir uns nicht gegenseitig auf die Füße treten, genug Platz!“) gar nicht bestreiten. Auch nicht, dass dem Gesichtspunkt des Bewahrens und Erhaltens „der Umwelt“ ein viel größeres Gewicht eingeräumt werden muss, als unter kapitalistischen Bedingungen möglich. Sehr wohl bin ich jedoch gegen eine Verabsolutierung des Bewahrens und Erhaltens, die meines Erachtens in manchen Auffassungen von Nachhaltigkeit mitschwingt.

Was Arbeitsinstrumente und bearbeitete Materialien anlangt, befinden wir uns nach wie vor in der Eisenzeit, der sich in den letzten 150 Jahren eine Chemie- und Plastikzeit eingelagert hat, wenn man vom „blinden Fleck“ der Archäologie und in der Folge auch weiter Teile der Geschichtswissenschaft, der Verarbeitung regenerierbarer, also auch verrottender organischer Rohstoffe einmal absieht. Dass das das letzte Wort der Geschichte bleiben wird, ist damit aber auch nicht zwingend.

Trotz all dieser prinzipiellen, aber zugegebenermaßen vagen und etwas abgehobenen Einwände, will ich hier zur vorläufigen Vereinfachung der Debatte fürs Erste einmal konzedieren,

dass die Quintessenz ökologischen Denkens zutrifft und mit dem Schrumpfungsimperativ eine allgemein richtige Anforderung erhoben wird.

Von Sakar/Kern wird dieser allgemeine Imperativ jedoch unmittelbar in zwei spezifische Anforderungen differenziert: „dass zumindest die Wirtschaften der Industriegesellschaften schrumpfen müssen ... was die Länder des Südens inklusive der Schwellenländer betrifft, ist die wichtigere Voraussetzung für Nachhaltigkeit dort ein sofortiges Abbremsen und ein mittelfristiger Stopp des Bevölkerungswachstums.“ (Ökosozialismus, S. 29f.)

Hier fällt die souveräne Unbekümmertheit auf, mit der den verschiedenen Weltregionen, von deren streng geschiedener und unterscheidbarer Existenz Sakar/Kern im Unterschied etwa zu Negri/Hardt völlig unbeirrt ausgehen, spezifische Schrumpfungsaufgaben zugeteilt werden. Das Übervölkerungsproblem wird zielsicher im Süden lokalisiert und nicht etwa in New York, Tokyo oder in den österreichischen, im Sommer beziehungsweise Winter vor allem von Deutschen überfluteten Tourismusregionen Kitzbühel, Klopeiner See etc. Vor allem wird jedoch die mächtige Migrationsbewegung ignoriert, die die negative demographische Entwicklung in den Industriegesellschaften bislang allerdings nicht hat umdrehen können, jedenfalls aber auch eine denkbare Möglichkeit wäre, „Wirtschafts-Bevölkerungs-Ungleichgewichte“ auszugleichen. [2]

Unbekümmert ausgesprochene, unspezifisch-allgemeine Spar- und Konsumreduktionsappelle ordnen sich nur allzu fugenlos der neoliberalen Propaganda ein, dass „wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten“ und „mit dem Anspruchsdenken Schluss gemacht werden müsse“. Es sollte also meines Erachtens vermieden werden, pauschal Einschränkungen, Spargesinnung und Verzichtsbereitschaft zu ventilieren, sondern stattdessen auf ganz konkrete Konsum- und Lebensänderung abgezielt werden. Und auch die Aufrufe zur Reduktion des Bevölkerungswachstums grenzen sich nicht ausreichend von isoliert auf die weibliche Reproduktionsfähigkeit ausgerichteten und patriarchalen Sterilisationskampagnen

und Ein-Kind-Familien-Förderungspolitiken ab. Konkrete Konsumkritik und ein autonomer, jedenfalls nichtautoritärer und nichtpatriarchaler Umgang mit der menschlichen Fortpflanzung scheinen mir für jede auch nur einigermaßen ernst zu nehmende emanzipatorische Kraft unabdingbar.

## Implementierungsproblematik

So sehr zu begrüßen ist, dass zu Beginn des neuen Jahrtausends auch aus Ökokreisen erneut die Systemfrage gestellt und die diesbezügliche Problemlösungskapazität des Kapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt wird, so bedauerlich ist, dass beispielsweise Sakar/Kern bei ihrer Ausschau nach möglichen Allianzen ausgerechnet auf die grindigsten Formen des Sozialismus verfallen, die dessen mehr als zweihundertjährige Geschichte hervorgebracht hat: asketischer Armutsozialismus, [3] Arbeitsplatzfetischismus [4] und autoritäres, aufgeklärt-absolutistisches [5] Staatsplansystem. [6] Dieser Fehlgriff ist jedoch, so steht jedenfalls zu befürchten, nicht bloß Willkür und Zufall der jeweiligen persönlichen Vorlieben, sondern hat möglicherweise tiefer liegende Ursachen in der Ökologiefrage selbst: Womöglich ist nämlich in der ökologischen Thematik ein Leninismus in der Organisationsfrage und im Modus der Gesellschaftsveränderung sachlich und strukturell angelegt, wie er in den sozialen und politischen Fragen, in deren Rahmen er ursprünglich entwickelt wurde, schon längst jede Berechtigung verloren hat.

## Exkurs zur Entwicklung der Vorstellungen über die „Einführung“ des Sozialismus

Marx und Engels gehörten zu den (linken) Junghegelianern, die durch Kritik traditioneller, insbesondere religiöser Vorstellungen und Aufklärung zur Entwicklung des Selbstbewusstseins beitragen und so der revolutionären Umwälzung des Status quo den Weg frei machen wollten. Sie setzten sich von ihnen, vor allem von deren führenden Vertreter und herausragenden philosophischen Kopf Feuerbach ab, indem sie die Kategorie der

Praxis stark machten. („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt drauf an, sie zu verändern.“, 11. Feuerbachthese) Das soll natürlich nicht dahingehend aufgefasst werden, dass Kritik und Aufklärung von den „großen Geistern“ (wer immer denen dann auch konkret zugezählt wird) bereits geleistet worden sind, man davon nur mehr eine Katechismus-Version, der gegenüber sich sogar Engels „Anti-Dühring“ als wahre Enzyklopädie erweisen würde, verbreiten und propagieren und sich ansonsten in die Praxis der Organisierung (des „Klassenkampfes“) stürzen müsste. Marx und Engels wandten sich in der Folge praxisnäheren Gegenständen und aus den Erfahrungen emanzipatorischer Bewegungen resultierenden Fragen zu: Kritik der Politischen Ökonomie etc. Vor allem meinten sie jedoch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit eine Kraft ausfindig gemacht zu haben – das Proletariat –, das aufgrund seiner ganzen Lebenslage nicht anders könne, als zur revolutionären Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu drängen, in denen der Mensch ein geknechtetes, elendes und entrechtetes Wesen ist, und damit „naturwüchsiger“ Träger – der dazu noch den Vorteil hatte, mit der stürmischen industriellen Entwicklung zahlenmäßig rasch zuzunehmen und an Gewicht in der Gesellschaft zu gewinnen – der kommunistischen Idee zu sein („Kommunistisches Manifest“).

Die geschichtliche Entwicklung bis zur Pariser Commune 1870 stützte diese Ansichten auch. Doch nach deren Niederlage kam es zu einem Bruch in der Entwicklung. Nicht dass sich die industrielle Entwicklung nicht weiterhin stürmisch Bahn gebrochen hätte. Auch die diversen sozialdemokratischen Zirkel entwickelten sich verhältnismäßig flott zu Massenparteien, in denen ihrer Herkunft nach (klein-)bürgerliche Intellektuelle die ParteiführerInnen und PolitikerInnen stellten und aktive, rebellische ArbeiterInnen GewerkschaftsfunktionärInnen wurden. In engem Zusammenhang damit stand die Entfaltung breiter volksbildnerischer Aktivitäten. Gleichzeitig dynamisierte, intensivierte und systematisierte sich der traditionelle Kolonialismus der

führenden Nationen der Welt. Dem Verständnis ihrer Rolle in der jeweiligen naturwüchsig-selbstverständlich und unreflektiert als national [7] aufgefassten Gesellschaft analog verklärten die allermeisten sozialdemokratischen Führer den Imperialismus „ihres“ jeweiligen Standorts als zivilisatorische Modernisierungsmission.

Es dauerte mehr als 30 Jahre, bis es wieder zu größeren Aufstandsbewegungen kam, diesmal aber an den Rändern: in Russland (1905), in der Türkei (1908, jungtürkische Juli-Erhebung) und in China (1911), bis dann die „Welt“ 1914 im I. Weltkrieg versank, in dem sich die allermeisten Führer der II. Internationale schön brav ihrer jeweiligen Nationalbourgeoisie und deren Propaganda unterordneten.

Vor diesem Hintergrund entwickelte Lenin mit „Was tun?“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und „Staat und Revolution“ die bolschewistische Theorie. Schärfer noch als je zuvor betonte er, dass die ArbeiterInnenschaft auf sich allein gestellt nur ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickeln könne, also in den Systemgrenzen befangen bleibe (Was war dann die Pariser Commune?). Eine revolutionär-sozialistische Bewegung erfordere die Intervention einer intellektuellen Avantgarde, die sich mit Ökonomie (positiv als eigenständige Wissenschaft über einen autonom gedachten und alles andere „in letzter Instanz“ bestimmenden Wirtschaftsbereich verstanden) und Geschichte gründlich vertraut gemacht habe, den allseitigen politischen Kampf aufnahm und das in schroffer Frontstellung gegen die Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, der sozialen Basis reformistisch-sozialdemokratischer Politik. Sicherlich zum Teil auch der brutalen Repression der zaristischen Selbstherrschaft in Russland geschuldet (wurde von ihr doch auch sein revolutionär tätiger älterer Bruder ermordet), entwickelte Lenin das Konzept einer hochzentralisierten, stark hierarchisierten, aktivistischen, prototaatlichen Kaderorganisation gegen die locker organisierten, in vielfältigste Vereine verzweigten, parallelgesellschaftlich-pluralen Massen-

parteien/Wahlvereine der Sozialdemokratie. Eine solche Avantgardepartei sollte auch Verbot und Verfolgung möglichst unbeschadet überstehen können und in revolutionären Umbruchssituation in der Lage sein, die Staatsmacht zu ergreifen, den alten Staatsapparat zu zerbrechen, sich an die Stelle der alten Staatsmacht zu setzen/an die „Hebel“ der alten Staatsmacht zu gelangen beziehungsweise zum Teil auch einen neuen Staatsapparat aufzubauen, um gestützt auf diesen eine sozialistische Entwicklung der Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben.

Der Maoismus verschob die Akzente in der paradoxen, primär taktischen Überlegungen in der Debatte innerhalb der kommunistischen Weltbewegung geschuldeten Form des Pro-Stalinismus [8] deutlich nach links und zum Teil auch ins Antiautoritäre: Gemäß dem Marxschen Wort von der Notwendigkeit, die Erzieher, bevor sie andere erzögen, erst selbst zu erziehen, freilich nicht im Sinne einer ohnehin gängigen gestaffelten Kaderung, sondern als tendenzielle Überwindung des hierarchischen, monodirektionalen Erziehungsverhältnisses selbst verstanden, begleiteten den Maoismus von Beginn an mehr oder weniger pathetische, politisch-moralische Mobilisierungen, „von den Massen zu lernen“, eine „Massenlinie“ zu verfolgen. Damit legte er den Finger genau auf den wunden Punkt des Leninschen Avantgardekonzepts, arbeitete den Unterschied zwischen proklamierter und faktischer Avantgarde heraus und rückte die folgende Problematik in den Vordergrund: In jedem historischen Moment, in jeder spezifischen Situation lässt sich wohl so etwas wie eine Avantgarde ausmachen. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass dieselben Personen in einem anderen Moment, in anderen historischen Konstellationen „automatisch“ wieder als Avantgarde fungieren. Im Gegensatz dazu versucht die leninistische Kaderpartei die Avantgarderolle auf Dauer zu stellen, zu institutionalisieren, als Parteistatus zu konservieren. In einer Schlüsselrolle für die Etablierung einer solchen revolutionären Erbpacht wird stets „die Wissenschaft“ positioniert. Entsprechend erfuhr auch die strenge Scheidung zwischen einer

Elite, die sich qua „Wissenschaft“ qualifiziert, und den „naturwüchsig“ beschränkten Massen im Maoismus eine gewisse Relativierung.

Besonderes Gewicht gewinnen diese Auffassungsverschiebungen naturgemäß in der „postrevolutionären“ Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, die erst vom Maoismus wieder konsequent als *Übergangsperiode* und nicht in Fetischisierung des dominanten Staatseigentums als eigenständige sozialistische Formation gefasst wurde. Im Gefolge des Ungarnaufstandes 1956 und der Erfahrungen mit den sich in der kommunistischen Weltbewegung „nach Stalins Tod“ entwickelnden Differenzen entwickelte der Maoismus so etwas wie eine Selbstkritik des Bolschewismus an der Macht, die allerdings innerhalb von dessen Grundannahmen verblieb und daher auch scheitern musste. Die Warenproduktion bestehe weiter und „bringe täglich, stündlich aufs Neue Kapitalismus hervor“ und auch das „bürgerliche Recht“ existiere fort und müsse überwunden werden. Daher müsse dem Klassenkampf weiterhin bevorzugtes Augenmerk gewidmet werden. Dieser erfahre seinen zuspitztesten Ausdruck in den politischen Linienkämpfen innerhalb der führenden Partei. Die Hauptgefahr einer bürgerlichen „Entartung“ drohe nach einer ersten Phase der Konsolidierung nicht mehr durch eine Restauration der überkommenen Verhältnisse durch äußere Intervention und/oder Aktivitäten der entmachteten inneren Reaktion, sondern aus dem innersten Kern der „revolutionären“ Partei- und Staatsführung selbst. „Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!“ – unter dieser Parole begann 1966 die hauptsächlich von Jugendlichen, Studierenden und SchülerInnen getragene „Große Proletarische Kulturrevolution“, die mit Sicherheit mehr war als bloß eine Extension innerparteilicher Fraktionskämpfe in die Gesellschaft. Es gelang in ihr allerdings auch nicht, Positionen der Gesellschaft gegen Partei und Staat auf Dauer zu festigen. Theorie und Praxis blieben letztendlich trotz link(sextremistisch)er Zuspitzung und kritischer Relativierung im leninistischen Paradigma befangen, bildeten

lediglich eine äußerst linke Variante des Leninismus-Bolschewismus aus.

Die chinesische Kulturrevolution floss in der Folge mit einer anderen innerkommunistischen Reformbewegung (CSSR) und einer breiten, antifordistischen Rebellion im „Nord/Westen“ zu dem zusammen, was bezeichnenderweise nicht mehr mit einem bestimmten Staat identifiziert, sondern am treffendsten mit einer Jahreszahl bezeichnet wird: 1968, die erste tatsächlich weltweite Emanzipationsbewegung. In Frankreich, Deutschland und Österreich zogen Studierende und SchülerInnen mit „Ho-Ho-Ho-Tschiminh“-Rufen und -Bildern, mit Vietcong-Fahnen durch die Straßen und begriffen das nicht nur als Ausdruck der Solidarität mit dem „vietnamesischen Volk“, sondern auch als Expression ihrer eigenen Revolte. Die Black Panthers in New York schwenkten das kleine rote Buch, die so genannte Mao-Bibel. Das *Gefühl*, dass es sich um eine globale Revolte, eine transnationale Aufstandsbewegung gegen das kapitalistische Weltssystem handelte, war weit verbreitet und das Klassenspezifische dieser Bewegung wurde zum Teil als Jugendbewegung ideologisiert.

In unseren Breiten verstand sich die 68er-Bewegung als antiautoritär, antikonsumentisch und kommunitär gegen die bürgerliche Kleinfamilie als Reproduktionsform gerichtet und wandte sich speziell in Deutschland und Österreich auch gegen die mit dem Nachkriegswirtschaftswunder zugekleisterte gesellschaftliche Amnesie bezüglich der NS-Verbrechen. Als breite, lebensreformerisch-emanzipatorische Bewegung nahm sie viel vom ursprünglichen sozialdemokratischen Formenkanon wieder auf, unterschied sich von ihm jedoch durch eine dezidiert „kulturrevolutionäre“, nicht-beziehungsweise antibürgerliche (also nicht primär eine als neutral verstandene, Bildung, Kultur und Wissenschaft nachholend an benachteiligte Schichten vermittelnde) und vor allem auch anti-beziehungsweise außerparlamentarische Haltung und die explizite Parteinahme für die kämpfenden „Völker“ des Trikont.

Spätestens seit 1989, als mit dem Untergang des „realsozialistischen“

Lagers offenbar wurde, dass es sich beim bolschewistisch-sowjetischen Weg nicht nur um einen hochproblematistischen und stark entleerungsgefährdeten, sondern letzten Endes um gar keinen Weg zur Emanzipation handelte, gewinnt die theoretische Kritik und Überwindung der von Lenin entwickelten Paradigmen von einer revolutionären Position aus Substanz und Gewicht, wofür Autoren wie Negri/Hardt oder Holloway stehen.

Der Höhepunkt der ersten Ökoberewegungswelle ist längst vorbei. Sie wurde weitgehend zu Ökoschmäh und Biomasherl eingedampft, und dies nicht etwa deswegen, weil die von ihr aufgeworfenen Fragen an Dramatik und Dringlichkeit verloren hätten oder gar ihren wesentlichen Anliegen Rechnung getragen worden wäre. Das Gegenteil trifft zu! Trotzdem haben sich die Grünen, zumindest in Deutschland und Österreich, im parlamentarischen Sog zur Mitte (= dort, wo die entscheidenden Stimmzettelprozente bei Wahlen zu holen sind!) nahezu bis zur Ununterscheidbarkeit stromlinienförmig normalisiert. Die ökologischen Kaderorganisationen wie „Greenpeace“ oder „Global 2000“ haben sich mit ihrer Nischenexistenz weitgehend abgefunden und spielen die ihnen zugeordnete Rolle als „Kelomatpfeifer!“. [9] Der Rest ist ein bisschen Bioprodukte ab Hof kaufen, soweit mensch es sich leisten kann, ein bisschen Mülltrennen und Verbote gefährlicher Stoffe und Technologien fordern, deren „Glanzzeit“ ohnehin bereits abgelaufen und deren Verlust für die Kapitalverwertung daher auch nicht besonders schmerzhaft ist. [10]

Das sieht alles sehr danach aus, als habe sich auch in der Ökoberewegung der sozialdemokratische Modus des Agierens erschöpft. Wenn mensch an historische Gesetzmäßigkeiten glaubt, die sich mit naturwissenschaftlicher Zwangsläufigkeit realisieren, dann stünde damit der Übergang zum leninistischen Modus auf der Tagesordnung. Auch wenn mensch geschichtliche Abläufe nicht sklavisch wiederholen muss, gibt es wie bereits angedeutet in der Struktur ökologischer Problemstellungen ein starkes leninistisches Moment: Die ökologische Gesamtbilanz aller Tätigkeiten der Menschheit und deren Gefahrenpotential erschließt sich

der unmittelbaren Erfahrung der Einzelnen nicht einmal partiell. Sie setzt gesonderte Untersuchungen, spezielle Methoden und Wissensformen voraus, die nicht Allgemeingut sind und sein können. Es gibt also zwangsläufig so etwas wie eine Ökoavantgarde. Wie mit diesem Sachverhalt in emanzipatorischer Art und Weise umzugehen ist, stellt den zweiten wesentlichen kritischen Punkt der Verbindung von Ökologie und Kommunismus dar.

Vor diesem Hintergrund sind vier Dimensionen des Agierens vorstellbar:

- der Staat als Instrument (Versuch per Lobbying Einfluss auf die Regierenden zu nehmen oder ein Kollektiv von unbestechlichen ÖkologInnen an die Macht zu bringen);
- utopistisches Austüfteln von ökologisch und sozial verträglichen Lebens- und Produktionsformen und der Versuch, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen;
- Entfaltung einer neofranziskanischen, der Entfaltung der Sinne und von Spiritualität/Bewusstseinsweiterung zugewandten Lebensreformbewegung der fröhlichen Armut, die sich durch diese ihre Orientierung nicht davon abhalten lässt, die kapitalistische Polarisierung in Reich und Arm zu skandalisieren;
- und schließlich das Anknüpfen an und Stärken von Bewegungen, die eine relevante ökologische Komponente aufweisen.

Die Zeit der ökologisch motivierten Massenbewegungen scheint vorbei: die Anti-AKW-Bewegung ist verebbt, die Besetzung der Hainburger Au war nur ein singuläres Aufflackern und die Anti-Gentechnik-„Bewegung“ verlief zumindest bislang ausschließlich im formal-demokratischen und legalen Rahmen. Die radikale Tierschutzbewegung verblieb im Sektenmilieu. Wo also ansetzen?

## Kursorische Aufzählung möglicher Kritik- und Handlungsfelder

Eine heiße Frage, die sofort die wildesten Emotionen aufrührt, ist die des Individualverkehrs. Seltsam, dass sie im Manifest „Ökosozialismus oder

Barbarei“ völlig unangesprochen bleibt. Beim Auto/Motorrad handelt es sich um die zentrale materielle Insitution des fordistischen Klassenkompromisses (nicht umsonst war der Chef einer Autofabrik Namensgeber dieses Akkumulationsregimes!), die auch im Postfordismus nichts an Bedeutung eingebüßt hat. Die offizielle Politik hütet sich peinlichst, dieses Thema anzugehen – mensch erinnere sich nur daran, wie die Austrogrüne Petrovic seinerzeit wegen ihres Vorschlags, den Benzinpreis auf 24 öS (1,75 Euro) zu erhöhen, niederkartätscht worden ist. Abgesehen von vordergründigen und großteils illusionären Nützlichkeitsüberlegungen, handelt es sich bei Auto/Motorrad um ein zentrales Element viril-patriarchaler Selbstdarstellung, was gegenüber dem davor vorherrschenden Krieger-/Soldatentum immerhin eine gewisse Zivilisierung bedeutet, obwohl es ja immer noch genügend Opfer gibt. Mensch könnte in dem Zusammenhang beispielsweise fragen: „Wie sind GTI-Fahrer und sonstige Raser im Bett?“ (etwa auch schnell im Kommen und Gehen), und eine andere, menschlichere Geschwindigkeit und Form von Mobilität propagieren. Wesentlich für den zentralen Stellenwert der individuellen Motorisierung ist wohl auch, die Umkehrung der im Kapitalismus sonst üblichen Verhältnisse: Wendet im Kapitalismus die Maschinerie die Menschen an, so kann er(sic!) sich hier im Gefühl wiegen, ihr Herr zu sein. Das Machtgefühl, das diese spezielle Mensch-/Maschine-Kombination verleiht – Fußgänger laufen in aller Regel über die Zebrastreifen, um nicht erwischt zu werden, oder man kann sie auch gnädig über die Straße winken, was sie zumeist mit einem dankbaren Lächeln quittieren –, ist als Kompensation scheinbar nur schwer verzichtbar angesichts der Ohnmachtsgefühle, die in den meisten anderen gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen dominieren.

Eine weitere zentrale Institution der Verschwendungsgesellschaft und des fordistischen Konsummusters ist das Eigenheim und die damit aufs Engste verbundene Kleinfamilienreproduktion samt dem ganzen Rattenschwanz an Haushaltsmechanisierung und -elektronifizierung. Zuspitzen wird sich auch die Wasserfrage; in benachteiligten Regio-

nen werden darum bereits heute bewaffnete Kämpfe ausgetragen (Darfur). Kämpfe um Boden zum Anbau von Lebens-, Subsistenzmitteln sind weit verbreitet und richten sich nicht nur gegen vernachlässigte „feudale“ Ländereien, sondern auch gegen Exportmonokulturen.

In den Industriegesellschaften hat die demographische Entwicklung längst eine negative Tendenz, was verschiedenerseits aus rassistisch/chauvinistischen und patriarchalen Motiven heraus beklagt wird. Die Frauen der breiten Mitte dieser Gesellschaften bekommen wegen der relativ preisgünstigen Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln und den pluraleren Lebensmöglichkeiten, aber auch wegen beengter materieller Verhältnisse weniger Kinder. Vielkindfamilien gibt es nur mehr ganz oben (in Monogamie oder [serieller] Polygamie siehe Khol, Bartenstein, Prinzhorn [11] etc.) oder ganz unten im sozialen Spektrum. Ganz anders sieht es noch im Trikont aus, wo viele Kinder nach wie vor als nicht-monetäre Sozialversicherung fungieren und ungebrochen traditionelle Patriarchate die Frauen per Serienschwangerschaften an ihre Rolle als Hausfrauen und Mütter ketten und das zusätzlich als Stärkung der jeweiligen Ethnie im Überlebenskampf propagieren. Erfolge antipatriarchaler Frauenbewegungen könnten hier sicherlich eine Änderung einleiten.

Das wären also die Ansatzpunkte, an denen meiner Ansicht nach emanzipatorische Bedürfnisse und ökologische Anforderungen nicht zwangsläufig miteinander in Konflikt geraten müssten. Unerlässlich scheint mir auch die stete und aufmerksame Abwehr faschistoider (marginal auch „stalinistischer“) Tendenzen, die in einigen Elementen ökologischen Denkens angelegt erscheinen. Wenn von Naturgesetzen und zu Ende gehenden Vorräten die Rede ist und dazu noch massiv apokalyptische Visionen („Kippen des Golfstroms“) beschworen werden, liegt der Autoritarismus (Wer kann denn schon und mit welchem Recht gegen Naturgesetze und deren qualifizierte und befugte Exekutoren rebellieren, wenn nicht Feinde der Menschheit?) und der Herrenmenschzynismus (Die Natur wird sowieso einen Großteil der Menschheit liquidieren und da ist es wohl

besser, es kommen andere, also „minderwertige Völker und Rassen“ dran als „wir“.) leider nicht weit. Sakar/Kern zeigen in dieser Hinsicht wenigstens Problembewusstsein, wenn auch ihre Antworten (Partizipation und Kleinräumigkeit, vgl. S. 33) wohl zu kurz greifen und eher der Selbstberuhigung dienen.

[1] „Jedes physikalische Subsystem einer begrenzten und nicht wachsenden Erde muss letztendlich auch selbst nicht wachsend werden“, schreiben beispielsweise Daly und Cobb jr. (vgl. Ökosozialismus, S. 28).

[2] Daran mag auch das pflanzenmetaphorische Wurzelgerede, das außer in größeren Teilen der Ökobewegung auch bei allerhand Nationalchauvinisten und Rassisten gepflogen wird, seinen Anteil haben. Aber Menschen sind nun einmal keine Steckrüben, und selbst bei den Pflanzen stimmt die postulierte Ortsfestigkeit ja nur in gewissen Grenzen: siehe Flugsamen, Baumschulen etc.

[3] „Zusätzlich wird eine ungefähre Gleichheit bei der Verteilung der Produkte der Arbeit und der notwendigen Konsumeinschränkungen notwendig sein, damit der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33)

[4] „Eine nachhaltige Steady-state-Wirtschaft wird arbeitsintensive Technologien bevorzugen. Das wird erstens deshalb notwendig sein, weil die zur Verfügung stehende Menge an erneuerbaren Ressourcen das heutige Niveau von Mechanisierung und Automatisierung nicht zulassen. Zweitens ist dies aber auch wünschenswert, weil damit Arbeit für alle geschaffen werden kann.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 29) – Die Thematik Energieeinsatz, Mechanisierung, Automatisierung versus Arbeitskräfteeinsatz ist wohl einer der, wenn nicht der wesentliche(n) Knackpunkt(e) zwischen Ökobewusstsein und einem emanzipatorischem Sozialismusverständnis. Die Befreiung vom Zwang zur Lohnarbeit und wohl auch möglichst weitgehend von der von der Notwendigkeit diktierten Arbeit überhaupt, die nun einmal überwiegend Plackerei ist und in ihren übelsten Formen zumeist Frauen zugeschoben wird, gehört nun einmal zu den Essentials der meisten Sozialismus-/Kommunismuskonzeptionen

und kann im emanzipatorischen Sinn zweifellos nicht durch die Propagierung der Verwandlung der Welt in ein einziges, wenn auch die Arbeit gerecht verteilendes Arbeitshaus und die Feier arbeitsintensiver Technologien ersetzt werden, wiewohl anzuerkennen bleibt, dass der Arbeit ersparende technische Fortschritt auch zu einer epidemischen Verbreitung von primär dem Bewegungsmangel geschuldeten so genannten Zivilisationskrankheiten geführt hat (Herz-Kreislauf, Stoffwechsel, psychische Erkrankungen).

[5] „Um sicherzustellen, dass eine ökosozialistische Gesellschaft nicht autoritär wird, sind geeignete Formen der Partizipation und aktiven Teilnahme der Menschen auf allen Ebenen zu schaffen.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33) – Und die Auswahl der Entscheidungen, an denen „partizipiert“ und „aktiv teilgenommen“ werden darf, trifft dann ein Generalsekretär des ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees des ökosozialistischen Weisenrates oder was?

[6] „Es muss ein geplanter Rückzug sein, um schreckliches Chaos und Unheil zu vermeiden. Der Staat muss den Primat des Profits und den Wachstumszwang außer Kraft setzen. Das heißt, an die Stelle des Chaos der freien Marktwirtschaft muss eine wirtschaftliche Rahmenplanung treten.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33)

[7] In diesem Punkt gibt es überhaupt keinen Bruch mit den Auffassungen von Marx und Engels, die in ihren Schriften völlig ungehemmt und weitgestreut die primitivsten Klischees einer so genannten Völkerpsychologie, Volkscharakterkunde wiederkäuen. Bei aller Anerkennung antifeudaler Rebellionsbedürfnisse: Schauerlich! Da wird einem schon deutlich, dass

es so etwas wie eine „Gnade der späten Geburt“ tatsächlich gibt. Vor allem auch dann, wenn einem bzw. einer bewusst wird, dass von den bekannteren ExponentInnen dieser ganzen Strömung eigentlich nur Rosa Luxemburg prononciert gegen die Weitertradierung dieses dumpfen Nationalstandpunktes Stellung bezogen hat, wonach dann auch prompt alle anderen prominenten linken Zeitgenossen über sie hergefallen sind, wobei die Tatsache, dass sie Frau und Jüdin war deren Beißhemmung sicherlich nicht verstärkt hat.

[8] Die weit überwiegende Mehrheit der kommunistischen Weltbewegung hat sich nach der Durchsetzung von Chruschtschow in der KPdSU ohne viel nachzudenken und in diensteifrigem Apologetentum, das, wie sich jetzt beispielsweise an der KPÖ gezeigt hat, keine unbedeutende „materielle Basis“ hatte, den „stärkeren Bataillonen“ (Stalin), dem neuen Führer angeschlossen und das zum wenigsten wegen dessen minimal-emanzipatorischer Kritik am „Personenkult“, der ja dann mehr oder weniger auch als persönlich-paranoide Marotte dieser „großen aber bösen Persönlichkeit“ aufgefasst und dargestellt wurde (in diesem Punkt in völliger Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der TrotzkiInnenen). Die überwiegend reaktionären, ultrastalinistischen „Bedenkenträger“ gegen diesen plötzlichen Auffassungs- und Führerwechsel gerieten in den allermeisten Parteien rasch in die Minderheitenposition, wurden ausgeschlossen oder verließen von sich aus den Organisationszusammenhang. Die KPCh begann sich als Gegenpol zur KPdSU zu positionieren. In diesem Zusammenhang wird Mao das unerträglich hemdsärmelige und letztlich alles offen lassende Diktum zugeschrieben, Stalin sei zu 70 %

gut und zu 30 % schlecht gewesen.

[9] Eine bestimmte, in Österreich weit verbreitete Druckkochtopfmarke, die so zur Sachbezeichnung wurde.

[10] Nicht selten ergibt sich zusätzlich auch noch ein Protektionismusgewinn für die ohnehin bereits Privilegierten, die die mit rückständigen Methoden produzierende Konkurrenz im Trikont mit ökologischer Argumentation ausbremsen.

[11] Führende Politiker der konservativ-rechten Regierungskoalition in Österreich.

Zusammen mit dem Wälzer von Saral Sakar: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen. Zürich: Rotpunktverlag 2004 diente die manifestartige Schrift Saral Sakar/Bruno Kern: Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik. Herausgegeben von der Initiative Ökosozialismus, c/o Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz, Tel.: 0049/06131/236461, E-Mail: fakelkraus/at/gmx.de (<http://www.vau-heute.at/images/live/pdf/Oekosozialismus.pdf>) dem Referenten Ernst Schriebl auf dem Grundrisse-Sommerseminar 2004 „the next great transformation“ als kritischer Problemaufriss vor seiner Vorstellung der utopischen Entwürfe des Schweizer Autors P.M.

Lizenz dieses Beitrags  
Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels